Protokoll Nr. 13

Sitzung von Donnerstag, 12. März 1998, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:
Präsidentin: Lilo Lauterburg

Anwesend:

Raymond Anliker
Thomas Balmer
Sven Baumann
Adrian Berthoud
Peter Blaser
Markus Blatter
Konrad Bossart
Michael Burkard
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Heidi Flückiger Ehrenzeller
Jean-Daniel Flückiger
Martin Frick
Thomas Fuchs
Barbara Geiser
Hans Ulrich Gränicher
Adrian Haas
Rolf Häberli
Bernhard Hess
Ursula Hirt
Andreas Hofmann
Stephan Hügli
Urs Jaberg
Alfred Jordi
Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Andreas Krummen
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Liselotte Lüscher
Nico Lutz
Anton Maillard
Kurt Mäusli
Elsi Meyer
Barbara Mühlheim
Christoph Müller
Edith Olibet
Bernhard Pulver
Ruth Rauch
Maria Regli Schmucki
Hans Peter Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rüegsegger
Annemarie Sancar
Beat Schori
Rudolph Schweizer
Erika Siegenthaler
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Barbara Spörri
Sylvia Spring Hunziker
Christoph Stalder
Ernst Stauffer
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Luzius Theiler
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen

Entschuldigt:

Ernst Aebersold
Oskar Balsiger
Arnold Bertschy
Marcel Fankhauser
Simone Gretler
Michael Jordi
Heinz Junker
Edith Madl Kubik
Irène Marti Anliker
Heinz Megert
René Zimmermann

Vertretung des Gemeinderats:
Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Adrian Guggisberg
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Entschuldigt:
Therese Frösch

Traktandenliste

1. Ersatzwahl in die Spezialkommission Totalrevision Gemeindeordnung ..... --
2. Dringliche Interpellation Urs Jaberg (FDP): Ist Paul Klee am Waisenhausplatz am richtigen Ort? (Baumgartner)..... 37
3. Polizeikaserne Waisenhausplatz 32: Sanierung des Schiesskellers; ..... 294 Baukredit (Weyermann/Guggisberg)
4. Belpstrasse: SVB - Geleisesanierung: Neugestaltung der Haltestellen ..... 310 Hasler; Baukredit (Müller/Guggisberg)
5. Schosshaldenfriedhof: Sanierung der Aufbahrungsräume; Baukredit ..... 7 (Mäusli/Guggisberg)
6. Neubau einer Entsorgungsstelle mit Strassenwärterstützpunkt, Jubiläums-..... 311 platz 20; Kredit (Burri/Neukomm)
7. Dringliche Interpellation Leslie Lehmann (SP): Wird die Stadt Bern zum ..... 45 Plastic Bärenmuseum? (Neukomm)
8. Dringliche Interpellation Rudolph Schweizer (SVP): Nachtfahrverbot Matte..... 32 (Wasserfallen)
9. Dringliche Interpellation Peter Linder (SVP): Feuerbrand auf Kernobst und..... 31 Birnengitterrost auf Birnbäumen (Guggisberg)
10. Interpellation Ernst Stauffer (SD): Pflanzenkrankheit Feuerbrand ..... -- (Guggisberg)
11. Postulat Fraktion SD (Alfred Jordi): Richtlinien und Weisungen der ..... 288 städtischen Fürsorgedirektion zugunsten von erfolgreichen Drogenentzugstherapien ändern (Begert)
12. Interpellation Annemarie Lehmann (FDP): Verhindern Niederschwelligkeit ..... 331 und Freiwilligkeit eine erfolgreiche Prävention? (Omar)
13. Postulat Heinz Rub (FDP): Parkwächter und Parkwächterinnen für Berns ..... 24 öffentliche Parkanlagen (Guggisberg)
14. Interpellation Ernst Stauffer (SD): Bundesrat Koller beharrt nicht auf Zaun..... 325 (Guggisberg)
15. Interpellation Bernhard Hess (SD): Mehr Polizeipräsenz ..... 25 Hauptbahnhof Bern (Wasserfallen)
16. Postulat Fraktion FDP (Hans-Ulrich Suter): Massnahmen zur Hebung ..... 27 der Sicherheit im Berner Bahnhofareal (Wasserfallen)
17. Postulat Fraktion SD (Bernhard Hess): Vollumfängliche oder weitgehende ..... 28 Bewachung des Bundeshauses durch das Festungswachtkorps (Wasserfallen)

Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nr. 2 und Nr. 3 vom 22. Januar 1998 sind zu genehmigen.

Andreas Hofmann (SP) beanstandet im Protokoll Nr. 2, auf Seite 39, im zweiten Absatz, ein fehlendes "nicht". So müsste stehen: "Wenn sie jedoch dem Richtplan *nicht* widerspreche, dann komme es zu einer Zeitverzögerung und einer Rückweisung der Überbauungsordnung."

Mit dieser Korrektur werden die beiden Protokolle genehmigt.

Traktandenliste

Die Vorsitzende *Lilo Lauterburg* schlägt vor, die Traktanden 9 und 10 zusammenzufassen, was vom Stadtrat akzeptiert wird.

Ordentliche Traktanden

1 Ersatzwahl in die Spezialkommission Totalrevision Gemeindeordnung

Die Vorsitzende *Lilo Lauterburg* erklärt, dass *Silvia Aepli* als Kommissionsmitglied für die GFL-Fraktion aufgrund ihres Rücktritts aus dem Stadtrat ersetzt werden muss. Die Fraktion schlägt deshalb neu *Bernhard Pulver* für die Spezialkommission Totalrevision Gemeindeordnung vor.

Der Stadtrat wählt mit deutlichem Mehr *Bernhard Pulver* in die Spezialkommission Totalrevision Gemeindeordnung.

2 Dringliche Interpellation Urs Jaberg (FDP): Ist Paul Klee am Waisenhausplatz am richtigen Ort?

Antrag Nr. 37

Im Stadtanzeiger Bern vom 28. Januar 1998 ist durch die Erziehungsdirektion des Kantons Bern die Stelle für eine Geschäftsführerin oder für einen Geschäftsführer für das im Jahre 2003 zu eröffnende Paul Klee-Museum und für ein Museum der Gegenwartskunst zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Stadt beabsichtigt, sich an den beiden Institutionen mit namhaften Beiträgen zu beteiligen. Als Standort für das Klee-Museum ist, gemäss heutigem Planungsstand, das ehemalige Progymnasium am Waisenhausplatz vorgesehen. Diese Gebäude - heisst es in verschiedenen Verlautbarungen - seien vor allem wegen ihrer Nähe zum heutigen Kunstmuseum an der Hodlerstrasse für die projektierte Zweckbestimmung besonders geeignet. Über den Standort für ein Klee-Museum sind verwaltungsintern einige Studien erarbeitet worden, eine eigentliche Diskussion in der breiten Öffentlichkeit - unter Einbezug von Fachleuten wie Planern, Architekten, Tourismus- und Stadtmarketing-Sachverständigen etc. - hat nicht stattgefunden. Bei der Klee-Sammlung in Bern handelt es sich um grossartiges Kulturgut von internationaler, weltweiter Bedeutung. Sein zukünftiger Standort ist für die Stadt Bern, aber auch für die an Kunst Interessierten ausserordentlich wichtig, und deshalb sehr sorgfältig auszuwählen: ... "die breite, städtebauliche Auseinandersetzung muss geführt werden, will sich Bern als Stadt weiterentwickeln. Klee hätte sich nichts anderes gewünscht" (BZ 6.2.98).
In diesem Zusammenhang drängt sich folgende Vorgehensweise auf:

- Sistierung der bisherigen Arbeiten;
- Suche nach Standortalternativen (ohne den bisherigen Standort voreilig aufzugeben);
- Aufzeigen der Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten;
- Abklärung, welchen zusätzlichen, wirtschaftlichen Effekt ein qualitativ hochstehender Neubau als Magnet für Kunst- und Architektur-Interessierte anstelle einer Altbausanierung auslösen könnte;
- Einbezug der Fachwelt und der Öffentlichkeit in die Diskussion, allenfalls Ausschreibung eines Architekturwettbewerbs an einem neuen Standort.

Der Gemeinderat wird um die Beantwortung der folgenden Frage ersucht:

- Ist der Gemeinderat bereit, eine Vorgehensweise im obengenannten Sinne einzuschlagen?

Bern, 12. Februar 1998

Für den Gemeinderat spricht Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Der Gemeinderat ist mit den Interpellanten und Interpellantinnen einig, dass es sich bei der zur Diskussion stehenden Klee-Sammlung um ein grossartiges Kulturgut von internationaler Bedeutung handelt, das unbedingt für die Stadt Bern gesichert werden muss. Die grosszügige Schenkung ist

etwas absolut Einmaliges. Unseren Dank können wir am besten mit dem Gefühl der Verpflichtung ausdrücken, die Wünsche der Schenkenden in die Tat umzusetzen. Der Gemeinderat setzt deshalb gemeinsam mit dem Kanton und der Burgergemeinde alles daran, dass das Paul-Klee-Museum in Bern realisiert wird. Mit der Dringlichen Interpellation wird eine Reihe von Fragenkomplexen angesprochen:

1. Wieso findet oder fand bis heute keine breite öffentliche Diskussion über diese kulturpolitisch und städtebaulich wichtige Frage statt?
2. Ist der Umbau einer alten Schulliegenschaft für die Errichtung eines Paul-Klee-Museums geeignet? Würde nicht ein Neubau Paul Klees Schaffen und seiner Philosophie gerechter werden? Könnten nicht mit einem architektonisch hochwertigen Museumsneubau architektonische und städtebauliche Akzente gesetzt und damit der Namen der Stadt Bern in alle Welt hinausgetragen werden?

Zur Frage 1: Warum keine öffentliche Diskussion? Es trifft zu, dass bisher keine öffentliche Diskussion stattgefunden hat. Es konnte bis heute auch gar keine solche stattfinden. Die Grundvoraussetzung für ein Paul-Klee-Museum ist, dass die Klee-Erben die in ihrem Eigentum stehenden Werke von Paul Klee sowie aus dessen Freundeskreis schenkungsweise oder in einer anderen Form langfristig zur Verfügung stellen. Damit diese Voraussetzung geschaffen werden konnte, brauchte es Verhandlungen, die auf der Seite der öffentlichen Hand unter der Leitung des Erziehungsdirektors des Kantons Bern gemeinsam mit dem Stadtpräsidenten geführt wurden. Diese Verhandlungen waren langwierig und hatten auf Wunsch der Familie Klee unter Wahrung der Diskretion zu erfolgen. Diesen Wunsch galt es zu respektieren. Unmittelbar nach Abschluss der Verhandlungen wurden die betroffenen und interessierten Kreise direkt und die Öffentlichkeit über die Medien am 17. September 1997 orientiert. Ein zweiter Grund, wieso bis heute keine öffentliche Diskussion stattfinden konnte, liegt darin, dass zuerst Klarheit bestehen musste, worüber eigentlich diskutiert werden soll. Bevor ein konkreter Standort definitiv festgelegt werden kann, braucht es ein Betriebskonzept, aus dem hervorgeht, welcher Raumbedarf abgedeckt werden muss, und wie die betrieblich-organisatorische Anbindung an das Kunstmuseum ausgestaltet werden soll. Dieses Konzept liegt erst seit kurzer Zeit in einer ersten Fassung vor. Im übrigen gehört es wohl zu den Aufgaben einer Exekutive, vor einer breiten Diskussion selber ein paar Gedanken anzustellen und entsprechende Unterlagen zu erarbeiten. Der Gemeinderat verschließt sich somit in keiner Weise einer öffentlichen Diskussion. Im Gegenteil. Ein erstes Gespräch unter Fachleuten hat bereits stattgefunden. Weitere Veranstaltungen sind geplant.

Zur Frage 2: Warum kein Neubau? Bei der Evaluation eines Standorts für ein Paul-Klee-Museum gibt es nebst städtebaulichen, architektonischen und kunstphilosophischen Betrachtungsweisen auch die folgenden Rahmenbedingungen zu beachten: Die Finanzierung, die Realisierungstermine, die organisatorische Anbindung an das Kunstmuseum und die Integration eines von privater Seite geplanten Museums für Gegenwartskunst. Zur Finanzierung: Der Kanton, die Burgergemeinde und die Stadt haben in einer Vereinbarung ihren Willen erklärt "in geeigneter Aufgabenteilung ein Paul Klee gewidmetes Museum zu gründen, einzurichten und zu betreiben". Dies schliesst selbstverständlich auch eine finanzielle Beteiligung seitens der Stadt ein. Mit Blick auf die momentane Finanzlage, wäre es für die Stadt äusserst vorteilhaft, die Beteiligung in Form einer Sacheinlage, d.h. durch die Zurverfügungstellung einer geeigneten Liegenschaft zu leisten. Zu den Realisierungsterminen: Die mit der Familie Klee abgeschlossene Schenkungsvereinbarung sieht als zwingende Bedingung äusserst knappe Termine vor. Dahinter steht die Absicht und der ausdrückliche Wunsch der Familie, dass das Paul-Klee-Museum so schnell wie möglich realisiert wird. Falls bis zum 31. Dezember 2001 die erforderlichen Bau- und Betriebskredite nicht rechtskräftig bewilligt worden sind, falls bis zum 31. Dezember 2003 die Baubewilligung nicht rechtskräftig erteilt und mit den Bauarbeiten bis zu diesem Datum nicht begonnen worden ist, oder falls das Paul-Klee-Museum bis zum 31. Dezember 2006 nicht eröffnet worden ist, fallen die geschenkten Werke unbelastet und unendgeltlich an die Familie Klee zurück. Dem in Planungsfragen erfahrenen Stadtrat muss wohl nicht klar gemacht werden, dass eine solche Terminsituation ein konzentriertes und vor allem von allen Seiten konstruktives Vorgehen verlangt. Zur organisatorischen Anbindung an das Kunstmuseum: Selbstver-

ständlich müssen bei der Realisierung eines Paul Klee gewidmeten Museums die Klee-Bestände des Kunstmuseums und der bestehenden Paul-Klee-Stiftung mit denjenigen der Schenkung zusammengelegt werden. Dies bedingt eine enge Zusammenarbeit mit dem Kunstmuseum. Eine aus museumstechnischer und betriebswirtschaftlicher Sicht optimale Zusammenarbeit ist der Betrieb der räumlich getrennten Museen, unter einer Leitung. Dies bedingt eine möglichst geringe räumliche Distanz zwischen einem neuen Paul-Klee-Museum und dem Kunstmuseum. Zur Integration eines von privater Seite geplanten Museums für Gegenwartskunst: Eine Interessengemeinschaft privater Kunstsammler und -sammlerinnen plant die Gründung eines Museums für Gegenwartskunst, in dem bedeutende Kunstwerke aus Privatbesitz einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Die Interessengemeinschaft strebt aus Synergiegründen eine enge Zusammenarbeit mit dem Paul-Klee-Museum an. Bevor der Gemeinderat sein Einverständnis für das gemeinsame Vorgehen bei der Errichtung eines Paul-Klee-Museums gegeben hat, wurde geprüft, ob es überhaupt eine realistische Möglichkeit gibt, innerhalb der gesetzten Fristen und unter den genannten Rahmenbedingungen zu einer erfolgsversprechenden Lösung zu kommen. So entstand die Idee, das alte Schulhaus am Waisenhausplatz einer näheren Evaluation zu unterziehen. Die Schulliegenschaft erfüllt grundsätzlich die Voraussetzungen für ein Paul-Klee-Museum. Es handelt sich dabei um eine Option, die unbedingt weiterverfolgt werden muss. Gemeinderat, Kanton und Burgergemeinde sind davon überzeugt, dass ein architektonisch hochstehender Umbau der Schulliegenschaft möglich ist. Denn es gibt im In- und Ausland hervorragende Beispiele für Umnutzungen von alten Liegenschaften in Museen. Ein Architekturwettbewerb soll zeigen, dass dies auch in Bern möglich ist. Für die beiden Schulen, die Wirtschaftsmittelschule Bern und die Berufsschule für Verwaltung, die ausgegliedert werden müssten, zeichnen sich auch schon bereits gute Lösungen ab. Selbstverständlich sind neben der Variante "Schulhaus Waisenhausplatz" andere Optionen für ein neues Paul-Klee-Museum denkbar. Die Projektleitung und die zuständigen Verwaltungsstellen erhielten bereits vor einiger Zeit den Auftrag, Alternativen zu suchen und auf deren Tauglichkeit zu überprüfen. Diese Arbeiten sind in Gang und sollen zügig vorangetrieben werden. Damit bleibt die Option "Neubau" grundsätzlich offen, wobei allerdings einzuräumen ist, dass dies der schwierigere und länger dauernde und somit auch der unsicherere Weg ist. Wie bereits erwähnt, ist der Gemeinderat bereit, bei diesem Prozess in geeigneter Form die Öffentlichkeit beziehungsweise die angesprochenen Fachkreise einzubeziehen. Die Sistierung der Arbeiten an der Variante "Schulliegenschaft Waisenhausplatz", wie die Interpellanten und Interpellantinnen dies fordern, wäre aber wegen der kurzen Fristen und im Hinblick auf die Partner fahrlässig. Vielmehr soll unter dem Motto "das Eine tun und das Andere nicht lassen" zielstrebig weitergearbeitet werden. Zum Schluss ein Aufruf: Die Chance, in Bern ein Museum mit internationaler Ausstrahlung zu erhalten, ist einmalig. Die positive Grundstimmung muss jetzt in eine konstruktive Energie bei allen Beteiligten, Betroffenen und Interessierten umgewandelt werden. Die Rahmenbedingungen für die Realisierung sind eng und komplex. Verhindern wir gemeinsam, dass das Paul-Klee-Museum zerredet wird!

Vorsitzende *Lilo Lauterburg* gibt bekannt, dass schon verschiedene Fraktionserklärungen vorliegen und dass deshalb nicht über das Gewähren einer Diskussion abgestimmt werden muss. Sie erteilt dem Interpellanten *Urs Jaberg* das Wort.

Urs Jaberg (FDP) fragt, ob ein Paul-Klee-Museum am Waisenhausplatz wirklich am richtigen Ort wäre. Dies der Titel seiner Dringlichen Interpellation. Um alle Zweifel auszuräumen: Urs Jaberg steht voll und ganz hinter dem Standort Bern für ein neues Paul-Klee-Museum. Bern braucht dieses Museum, und zwar sehr dringend. Urs Jaberg dankt dem Stadtpräsidenten für seine Antwort. Der Vorstoss hat einiges ausgelöst, in der Verwaltung und der Presse wird das Thema Standort für das neue Museum eifrig diskutiert. Es fand auf der Verwaltungsebene bereits eine Besprechung mit Fachleuten, auch den Leuten des Kunstmuseums, statt. Urs Jaberg vermutet, dass seine Interpellation diese Gespräche doch etwas beschleunigt hat. Es ging ihm vor allem auch um die Diskussion, wie Bern zu einem optimalen Standort für dieses geplante Museum findet. Bewusst hat er bisher keine kon-

kreten Standorte erwähnt, da diese Frage doch viel zu komplex ist, als dass man sie hier auf eine lockere Art besprechen könnte. Es geht nur darum, von Seiten der Verwaltung die Zusage zu erhalten, dass das Evaluationsverfahren für den Standort des Klee-Museums möglichst offen und unter Einbezug möglichst vieler Interessierter stattfinden kann. In der Diskussion wird immer wieder die Frage gestellt, ob die Stadt Bern überhaupt ein Architekturdenkmal brauche für die Aufbewahrung der Klee-Werke. Urs Jaberg geht es in erster Linie darum, für die Werke den bestmöglichen Rahmen zu erhalten, und nicht darum, dass in Bern ein Wallfahrtsort entstehen sollte, der ausländische Architekturtouristen anzieht. Trotzdem muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass sich die Stadt Bern mit ihrem neuen Museum in einem harten Städtewettbewerb, der über die Schweizer Grenzen hinausführt, befinden wird. Urs Jaberg denkt an Museen, die erst kürzlich eingeweiht worden sind, in Stockholm, in Helsinki oder in Bilbao, in Luzern oder in Basel. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Museen ist enorm. Urs Jaberg hat sich in Basel erkundigt: Das neues Museum hat in kürzester Zeit 200 000 Besucher angelockt und, dies ist wichtig, es hat das Kunstmuseum in keiner Art und Weise konkurrenziert, sondern auf eine ideale Art ergänzt. Es geht also nicht darum, dass ein Bauwerk eines berühmten Architekten in Bern besichtigt werden kann, sondern darum, ein Museum einzurichten, zu dem auch Leute Zugang finden, die vielleicht bisher eher einen Bogen um Museen gemacht haben. Ein weiterer wichtiger Faktor wäre eine Aufwertung der tristen Speichergasse und Hodlerstrasse. Es erstaunt immer wieder, wie wenig Leben dort trotz der Schulen anzutreffen ist. Der Antwort des Gemeinderat entnimmt Urs Jaberg, dass er die Wichtigkeit des Geschäfts erkannt hat. Dass er hier noch keine fertige Lösung vorschlagen kann, ist zu verstehen. Es geht ja auch darum, erst einmal breit zu diskutieren. Urs Jaberg wird weiter verfolgen, wie die Zusicherungen hinsichtlich der Offenheit der Entscheidungsfindung eingehalten werden. Er möchte die Stadtverwaltung ermuntern, zielstrebig weiterzuarbeiten, da die vorgegebenen Fristen tatsächlich sehr kurz sind. Die interessierte Öffentlichkeit wird den Verlauf des Geschäfts genau beobachten. Urs Jaberg ist nur teilweise befriedigt von der Antwort des Gemeinderats.

Fraktionserklärungen

Ursula Hirt (GB) spricht für die GB/JA!-Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion ist froh, dass die Diskussion um den Standort, um das Konzept und den Bau des Klee-Museums jetzt öffentlich geführt werden kann. Gerade weil die Stadt Bern mit diesem Museum einen kulturellen Anziehungspunkt erhalten kann, sollte die Auseinandersetzung fachlich fundiert und ohne vorgefasste Meinungen stattfinden. Natürlich müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden. Man muss akzeptieren, dass die Familie Klee das Gelingen des Projekts von einem Zeitfaktor abhängig macht, der eingehalten werden muss. Was auch immer gebaut wird, es darf nicht an diesem Zeitfaktor scheitern. Dies bedeutet, dass die bisherigen Arbeiten auf keinen Fall sistiert werden sollten. Es müssen parallel aber weitere Abklärungen laufen, um wirklich die optimalste und nicht die einfach naheliegendste Lösung zu finden. Was die Finanzierung anbelangt, sollte diese nicht die primäre Rolle spielen, denn - wie man in anderen Städten der Schweiz oder Europas sehen kann - eine Investition in die interessante Architektur eines Museums zahlt sich längerfristig aus. Allein die Architektur des Museums kann zu einem Anziehungspunkt werden. Zudem steht und fällt eine Ausstellung mit den baulichen, lichttechnischen Möglichkeiten eines Gebäudes. Die Idee einer Verbundslösung, also ein Gesamtes mit dem Museums für Gestaltung und dem Institut für Kunstgeschichte als Kleezentrum, wird von der GB/JA!-Fraktion begrüsst. Man sollte sich aber baulich nicht einschränken lassen, zum Beispiel durch die Festsetzung auf ein Gebäude. Der Standort eines solchen Zentrums muss aber klar in der Nähe des Kunstmuseums sein, damit sich diese Museen nicht konkurrenzieren, sondern zu einem ganzheitlichen Komplex werden. Ob nun etwas Neues gebaut oder etwas umgenutzt wird: Wichtig ist, dass nicht einfach ein altes Gebäude renoviert wird, sondern etwas Innovatives entsteht, das auch durch sein Äusseres Aufmerksamkeit erregt. Heute war im "Bund" zu lesen, es mangle an Mut; dies darf aber nicht der Fall sein. Die GB/JA!-Fraktion ist für einen internationalen Wettbewerb, bei dem gewisse Vorgaben in bezug auf den Standort und den

Zeitablauf gegeben sind, der aber sonst möglichst viele Freiheiten, für vielleicht auch nicht konventionelle Ideen, offen lässt. Die GB/JA!-Fraktion findet es sehr wichtig, dass für die Schule am Waisenhausplatz, wenn man sich dann für ein Museum an diesem Ort entscheidet, ein ebenso guter anderer Standort gefunden werden muss. Der Fraktion liegt sehr viel an diesem Projekt und deshalb möchte sie, dass die Planungsarbeiten möglichst zügig vorangebracht werden.

Ueli Stückelberger spricht für die GFL-Fraktion: Für die GFL ist das Klee-Museum sehr wichtig. Es ist ein wichtiges Projekt für die Stadt Bern, und die GFL hofft, dass es rasch realisiert werden kann. Eine solche schnelle Realisierung ist notwendig, da nicht viel Zeit zur Verfügung steht. Die Baubewilligung muss laut Vertrag bis 2001 vorliegen. Dies heisst aber nicht, dass man andere Standorte nicht umfassend und seriös überprüfen sollte. Die GFL ist froh über die Interpellation und darüber, dass die offenen Fragen jetzt seriös und rechtzeitig abgeklärt werden. Es darf nicht sein, dass ein möglicher, für gut gehaltener Standort aus zeitlichen Gründen nicht realisiert wird. Die GFL kommt aber auch nach eingehender Prüfung zum Schluss, dass der Standort am Waisenhausplatz nicht a priori schlecht ist. Sie findet auch, dass ein Klee-Museum nahe beim Kunstmuseum sein muss, damit die Synergien der beiden Museen genutzt werden können. Auch die Nutzung von bestehender Bausubstanz ist an sich etwas Gutes. Es ist möglich, ein älteres Gebäude umzugestalten. Ueli Stückelberger möchte in diesem Zusammenhang an das Amtshaus erinnern, das relativ modern umgebaut und damit attraktiv wurde. Der Standort im Zentrum ist ebenfalls wichtig, weil dadurch die Besucher in die Stadt geführt werden. Zusammenfassend: Den Standort am Waisenhausplatz findet die GFL a priori gut, und wenn ein anderer Standort ins Auge gefasst wird, sollte dieser die meisten der aufgezählten Anforderungen erfüllen können. Die GFL bittet die Stadt, die Abklärungen weiterzuführen und die laufenden Arbeiten nicht zu sistieren. Noch ein halb ernst gemeinter Vorschlag betreffend Finanzierung: Wenn es Probleme geben sollte mit den Finanzen, so könnte man ja die Klee-Bilder verleasen und sie nachher wieder zurückmieten.

Sven Baumann spricht für die EVP/LdU-Fraktion: Die Stadt Bern hat mit diesem Geschenk der Familie Klee ein Riesenglück. Diese Chance muss beim Schopf gepackt werden, denn eine solche wird sich der Stadt Bern nicht so schnell wieder bieten. Die EVP/LdU-Fraktion dankt dem Gemeinderat für sein entschlossenes Handeln und seine Anstrengungen, die Vertragsverhandlungen mit der Familie Klee zu einem positiven Abschluss zu bringen. Bei aller Euphorie und Dankbarkeit: Der Stadtrat hat seine Kontrollfunktion wahrzunehmen, er muss der Exekutive auf die Finger schauen. Der Stadtrat ist damit aufgerufen, nicht einfach blindlings rechts und links zu danken und Komplimente auszuteilen. Er muss Spielverderber sein und dem geschenkten Gaul ins Maul schauen. Der Stadtpräsident hat auf die Aufgaben des Gemeinderats aufmerksam gemacht. Auch der Stadtrat hat seine Aufgaben, und diese haben nichts mit zerreden zu tun. Es gibt drei Kritikpunkte: Die Informationstransparenz, der Standort und die Zukunft der Schulen.

1. Der Gemeinderat kann es drehen und wenden wie er will, seine Informationspolitik zum Klee-Museum ist dürftig und ungenügend. Auch aus der heutigen Antwort des Stadtpräsidenten spürt man ein gewisses Unbehagen, im Moment breiter zu informieren, und auch eine Angst, dass der Stadtrat das Geschäft noch verunmöglichen könnte. Diese Zurückhaltung lässt sich nur zum Teil mit den Interessen der Familie Klee begründen. Letztendlich ist es ja doch der Stadtrat, der seine Einwilligung in dieser Frage geben muss. Der Gemeinderat sollte deshalb in eigenem Interesse den Stadtrat auf dem Laufenden halten, sonst stehen wir am Schluss plötzlich vor einem Scherbenhaufen. Und dies wäre wirklich eine Katastrophe.
2. Aufgrund der spärlich fliessenden Informationen des Gemeinderats gewinnt man den Eindruck, dass er alles auf eine Karte setzt, nämlich auf den Standort Waisenhausplatz. Die EVP/LdU-Fraktion hofft, dass dieser Eindruck falsch ist. Gerade mit dieser Taktik hat der Gemeinderat in der Vergangenheit sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Der Gemeinderat sollte alle möglichen, d. h. sinnvollen Standorte abklären und die Eignung des Standorts Waisenhausplatz durchleuchten.

3. Bis heute ist völlig unklar, was mit den Schulen am Waisenhausplatz nach dem Einzug des Klee-Museums geschehen würde. Auch heute wurde der Stadtpräsident diesbezüglich nicht konkreter. Die betroffene Schule darf auf keinen Fall als Manövriermasse behandelt werden. Das Problem, für diese Schule ein anderes gutes Gebäude zu finden, sollte auch nicht so riesig sein. Wieso betreibt der Gemeinderat auch in dieser Sache ein solche Geheimniskrämerei? Fazit: Die EVP/LdU-Fraktion kann das Klee-Museum kaum erwarten. Der Gemeinderat sollte aber seine restriktive Informationspolitik aufgeben, im eigenen und im Interesse des Stadtrats; vor allem aber im Interesse der Stadt Bern und des Klee-Museums. Die Sistierung der laufenden Arbeiten erachtet die EVP/LdU-Fraktion nicht als sinnvoll.

Leslie Lehmann spricht für die SP-Fraktion: Die Stadträtinnen und -räte konnten sich durch die Stadtbauleitung über das Projekt Kleemuseum informieren lassen. Wenn dabei jemand vom Landesring anwesend gewesen wäre, hätte das vorangegangene Votum nicht gehalten werden müssen. Es wurde nämlich sehr fundiert und kompetent informiert über genau die Punkte, die vorher kritisiert wurden. Leslie Lehmann möchte auf die Wichtigkeit und die Bedeutung des Klee-Museums zu sprechen kommen, die für die Stadt Bern sehr gross ist. Dies nicht nur wegen der nationalen und internationalen Ausstrahlung, sondern auch wegen des eigenen Selbstwertgefühls, das damit erheblich gehoben und gestärkt werden kann. Das Klee-Museum kann eine Aufbruchstimmung auslösen und neue Perspektiven aufzeigen, nicht zuletzt auch wirtschaftliche. Die SP-Fraktion ist sich bewusst, dass betreffend der Standortfrage sehr heikle Verhandlungen geführt und Fristen eingehalten werden müssen. Deshalb sollten doch alle, auch der Gemeinderat, glücklich darüber sein, dass in der Öffentlichkeit ein so breites Interesse dafür besteht. Dieses Interesse besteht nicht nur bei den Politiker und Politikerinnen. Urs Jaberg wies vorhin auf die neuen Museen in Europa und in der Schweiz hin. Über das Museum in Stockholm schrieb die NZZ letzthin, dies sei ein urbanistischer Glücksfall. Leslie Lehmann würde sich wünschen, wenn es auch in der Stadt Bern einen solchen urbanistischen Glücksfall geben würde. Sie freut sich sehr auf das Klee-Museum.

Hans Ulrich Gränicher spricht für die SVP: Im Namen der SVP-Fraktion dankt Hans Ulrich Gränicher den Erben Paul Klees herzlich für ihre Mithilfe, dass die grossartige Sammlung in Bern bleiben kann. Er ist fest davon überzeugt, dass der Gemeinderat diese grosse Chance erkannt hat. Hans Ulrich Gränicher weiss vom Stadtpräsidenten, dass der Gemeinderat der Familie Klee ebenfalls schon für ihre Schenkung gedankt hat. Auch Urs Jaberg hat einen wertvollen Beitrag mit seiner Dringlichen Interpellation geleistet. Die Auseinandersetzung mit der Kunst muss in der Öffentlichkeit geführt werden. Dies ist heute möglich, dank dieser Interpellation. Die SVP-Fraktion teilt die Ansicht des Gemeinderats, dass die Klee-Sammlung als wichtiges Kulturgut der Stadt erhalten bleiben muss und dass sich die Stadt dementsprechend sehr Mühe geben sollte, mit einem Museum dies zu ermöglichen. Das Klee-Museum bringt nicht nur einen wichtigen kulturellen Beitrag, sondern auch wirtschaftliche Impulse, die nicht unterschätzt werden dürfen. Deshalb darf dieses Museum nicht isoliert betrachtet werden; das geplante Museum für Gegenwartskunst, das Kunstmuseum und die Kunsthalle müssen in die Diskussion einbezogen werden. Trotz der Sachzwänge, die der Stadtpräsident geschildert hat, ist es wichtig, parallel mit den Arbeiten am Standort Waisenhausplatz weiterzufahren, zum Beispiel mittels Ideenwettbewerb. Aus dieser Überlegung fände es die SVP-Fraktion schade, wenn dem ersten Wunsch des Interpellanten, nämlich der Sistierung der bestehenden Arbeiten, durch den Gemeinderat stattgegeben würde. Der Gemeinderat sollte vielmehr mit allen Anstrengungen und mit einer Standortevaluation am Waisenhausplatz versuchen, ein Optimum an Auseinandersetzung zu ermöglichen. Hans Ulrich Gränicher bittet den Gemeinderat aber auch, die Bedürfnisse der Schulen zu berücksichtigen und für sie, im Fall eines Museums am Waisenhausplatz, gute Standorte zu suchen. Es sollte nicht nachher gesagt werden müssen, man habe diesbezüglich einen Fehler gemacht. In diesem Sinn unterstützt die SVP-Fraktion den Aufruf des Gemeinderats. Einen solcher Aufruf war nötig. Die SVP-Fraktion möchte ein Klee-Museum.

Einzelvoten

Ursula Rudin-Vonwil (LdU) spricht sich auch für ein Klee-Museum aus. Diese einmalige Chance darf auf keinen Fall verpasst werden. Es sollte deshalb mit beiden Händen angepackt werden. Das Parlament sollte sich aber später einmal nicht den Vorwurf machen lassen müssen, dass es in der Abklärungsphase nicht alles daran gesetzt habe, das Optimum herauszuholen. Für das Klee-Museum braucht es wirklich die besten Bedingungen, schliesslich handelt es sich hier nicht um Leichtgewichte, weder beim Inhalt noch bei der Verpackung, dem Museumsbau selber. Bis jetzt ist nur ein Standort im Gespräch, und dieser wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorbestimmt. Man kann es Ursula Rudin-Vonwil nicht verübeln, dass auch sie gewisse Zweifel hat, ob wirklich alle Alternativen ernsthaft geprüft worden sind. Es wurde jetzt aber gesagt, dass dies noch nachgeholt wird. Sie glaubt, dass dieses Museum allen Beteiligten und Interessierten so wichtig ist, dass man ruhig darüber etwas diskutieren kann. Das Projekt braucht ja auch noch die Unterstützung aller Beteiligten und der Bevölkerung der Stadt und des Kantons. Christoph Reichenau bemerkte dazu richtig, dass es bei diesem Projekt keine Verlierer und Verliererinnen geben dürfe, um keine Gegner und Gegnerinnen zu schaffen. Trotz des Termindrucks muss es doch möglich sein, im Umfeld des Kunstmuseums und des tristen und peinlichen Kleeplatzes allfällige Lösungen zu finden. Ein öffentlicher Wettbewerb mit einem weiten Perimeter könnte bei der Suche nach einem Standort eine Klärung bringen. Dazu müsste aber ein Konzept vorliegen, das alle Mosaiksteinchen umfasste. Es entspricht sicher auch dem Wunsch der Familie Klee, dass nicht nur die praktischste, sondern auch die beste Lösung für die unschätzbare Sammlung angeboten wird. Wenn der Stadtpräsident im "Bund" auf die begrenzten finanziellen Möglichkeiten hinweist, dann möchte Ursula Rudin-Vonwil ihn warnen; sollte sich der jetzt vorgesehene Standort am Waisenhausplatz als der beste erweisen, werden nämlich auch dort grössere Kosten entstehen. Dieser Raum steht nicht leer, es befinden sich Schulen in diesem Gebäude, die eine seit 1910, die andere seit 1973. Es sind dies die Wirtschaftsmittelschule und die Berufsschule für Verwaltung. Für diese beiden Schulen müsste ja auch wieder ein vollwertiger Ersatz gestellt werden, und die Kosten der Umsiedlung und der infrastrukturellen Anpassung darum auch einberechnet werden. Bei der Evaluation könnten die Finanzen also als zweitrangig betrachtet werden. Kosten entstehen bei allen Varianten beträchtliche, und zu denen steht die Regierung ja auch. In diesem Fall könnte sich eine grosszügige Investition sogar bezahlt machen. Dieses Geld wäre sicher nicht unnütz ausgegeben.

Christoph Stalder (FDP) möchte den Begriff des Selbstwertgefühls, das Leslie Lehmann erwähnt hat, noch einmal aufnehmen. Im Zusammenhang mit Paul Klee hat die Stadt Bern immer ein etwas schlechtes Gewissen. Paul Klee wuchs in einem Vorort von Bern auf und lebte, mit Ausnahme seiner Auslandaufenthalte, immer in Bern oder in der Umgebung. Als er 1940 starb, war er immer noch nicht eingebürgert. Christoph Stalder möchte den Gemeinderat fragen, ob im Zeitalter der Aufarbeitung der Vergangenheit es nicht eine Möglichkeit gäbe, Paul Klee posthum einzubürgern.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* möchte zu verschiedenen Aspekten des Gesagten Stellung nehmen. Der Gemeinderat hat genau auf die Fragen der Interpellation Antwort gegeben. Die Frage nach den Schulen wurde in der Interpellation einfach nicht gestellt, deshalb gab es dazu auch keine Antwort. Die Schuldirektorin wird trotzdem anschliessend darüber noch informieren. Der Stadtpräsident möchte Leslie Lehmann danken für ihre Antwort auf die Vorwürfe von Seiten Sven Baumanns. Man könnte ja auch beantragen, dass an jeder Stadtratsitzung der Stand des Klee-Museums traktandiert werden soll. Es ist die Pflicht des Gemeinderats zu orientieren, wenn konkrete Schritte gemacht wurden. Natürlich könnte Klaus Baumgartner jetzt darüber orientieren, was alles schon durchdacht wurde, auch über ganz verrückte Ideen, zum Beispiel über die Errichtung eines modernen Museumskubus auf dem Waisenhausplatz. Dieser Vorschlag wurde an einer Sitzung mit den Architekten und Architektinnen gemacht. Es gäbe noch verrücktere. Es werden also schon seit längerer Zeit Alternativen gesucht. Es ist nun die Pflicht des Gemeinderats, seriös zu

arbeiten. Es bringt nichts, wenn man halbausgegorenen Ideen nacheifert. Klaus Baumgartner möchte auch daran erinnern, dass die Stadt in diesem Geschäft nicht allein dasteht. Das Museum wird zusammen mit dem Kanton und der Burgergemeinde realisiert. Es braucht also für die künftige Vorlage auch noch das Ja des Grossen Rats. Was den Standort Waisenhausplatz angeht, so hat die Familie Klee bis jetzt nichts gegen diesen Standort eingewendet. Dies als Antwort auf die Kritik von Ursula Rudin-Vonwil. Klaus Baumgartner möchte sich dagegen wehren, dass das Museum als Verpackung bezeichnet wird, ganz gleich, wie die Lösung einst aussehen wird. Er ist mit all denjenigen einverstanden, die sagen, man solle letztlich einfach etwas Gutes bauen. Klaus Baumgartner hätte nichts dagegen, wenn ein Gebäude entstände, das auch noch Architekturtourismus anzöge. Ob dies ein Neubau sein muss oder nicht, kann heute noch nicht gesagt werden. Auch aus dem Altbau, unter Einschluss der Höfe, ein Museum zu gestalten, ist eine grosse architektonische Herausforderung. Auch so könnte Architekturtourismus entstehen. Es kann heute noch nicht gesagt werden, ob die Lösung der Frage ein Neubau oder ein Umbau sein wird, weil doch erst Abklärungen stattfinden. Man muss auch die Synergien mit dem Kunstmuseum berücksichtigen. Verschiedene Museumsfachleute haben es begrüsst, dass man darauf achtet, dass mit einer räumlichen Nähe zum Kunstmuseum ein Schwerpunkt gesetzt werden soll. Die Klee-Bilder des Kunstmuseums, die neben anderen zu den wichtigsten gehören, würden ja auch in das neue Klee-Museum wechseln. Es wird ja immer wieder betont, gerade von wirtschaftlicher Seite, dass eine solche Konzentration etwas Positives sei. Es geht nicht nur um die Investition beim Bauen, sondern auch um den Betrieb. Deshalb hiess es beim Kanton, der ja schon heute mit der Stadt zusammen das Kunstmuseum betreibt, dass der Betrieb des neuen Museums möglichst effizient sein sollte. Zu den unkonventionellen Ideen ist zu sagen, dass sich Glücksfälle, wie sie angesprochen wurden, eben erst im nachhinein als solche erweisen. Man sollte auch daran denken, dass man einen Museumsbau nicht für die Ewigkeit errichtet und dass man später immer wieder auf das einmal Entschiedene zurückkommen könnte. Der Stettlerbau des Kunstmuseums wurde ja auch erneuert und ergänzt. Man sollte nicht meinen, es müsse etwas für die Ewigkeit gebaut werden. Der Gemeinderat ist sicher bestrebt, im Rahmen all der Bedingungen ein Optimum zu finden. Zum Votum Christoph Stalders: Klaus Baumgartner hatte die Gelegenheit, das Bedauern der Stadt bezüglich der nicht erfolgten Einbürgerung Paul Klees auszudrücken. Es wurde aber nicht geprüft, ob eine posthume Einbürgerung möglich wäre. Es ist auch fraglich, ob dies nachträglich etwas verbessern würde. Neben dem Dank für die Schenkung wurde von Seiten der Stadt also auch das Bedauern betreffend Einbürgerung zum Ausdruck gebracht.

Schuldirektorin *Claudia Omar* erklärt, dass es wichtig sei, obschon die Interpellation nicht nach den Schulen fragt, etwas dazu zu äussern. Die Frage nach den Schulen bei einem allfälligen Entscheid für ein Museum am Waisenhausplatz wird vom Gemeinderat sehr ernst genommen. Wenn das Museum tatsächlich am Waisenhausplatz einziehen würde, dann befänden sich die Schulen in einer schwierigen Lage. Sie bräuchten dann einen neuen Standort. Der heutige Standort ist sehr gut, ist sehr nahe vom Bahnhof; ein solcher könnte sicher nicht wieder angeboten werden. Der Gemeinderat ist aber sehr motiviert, den Schulen zu helfen, in der Frage des Standorts die bestmögliche Lösung zu finden. Als Claudia Omar als Schuldirektorin frisch anfing, wurde sie von diesen Schulen kontaktiert und gebeten, endlich über das weitere Vorgehen zu informieren. Dies nachdem den Schulen über Jahre ein fertiger Sanierungsplan vorenthalten worden war. Die Idee, das Gebäude als Museum zu verwenden, geistert also schon seit längerem durch die Köpfe. Claudia Omar lud daraufhin die Schulleitungen ein, um sie, soweit als möglich, zu informieren. Es gab damals noch keine Verträge, weder mit der Familie Klee noch mit dem Kanton oder der Burgergemeinde. Als diese Verträge aber abgeschlossen waren, hat sich die Schuldirektorin sofort um den Auftrag des Gemeinderats bemüht, neue Standorte für die Schulen zu suchen. Dies geschah am 3. November 1997. Seither ist die Schuldirektion auf der Suche nach eventuellen Standorten für die beiden Schulen. Im Auftrag des Gemeinderats wurde auch noch festgehalten, dass die Schuldirektion bis Ende März dem Gemeinderat Bericht über einen möglichen Ersatz erstatten müsse. Die Schuldirektion begab sich sofort

auf die Suche. Es ist aber allgemein bekannt, dass die Stadt Bern über keine leeren Schulräume verfügt. Die Suche war also von Anfang an keine einfache. Man kann höchstens Schulen verschieben. Auch der Kanton, wie er auf Anfrage bestätigte, verfügt über keine leeren Schulgebäude in der Umgebung Berns. Den Überblick, den die Schuldirektion dem Gemeinderat Ende März übergeben wird, beinhaltet immerhin zehn Objekte, die im Moment geprüft werden. Unter diesen zehn Objekten gibt es verschiedene, die sehr geeignet scheinen. Es wird geprüft, ob sich die Objekte von der Grösse her und als Schulgebäude überhaupt eignen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Erreichbarkeit, also die Erschliessung mit dem ÖV. Wie gesagt: So nahe beim Bahnhof wie die heutigen Schulen liegt nicht eine der zehn Möglichkeiten. Es gibt weiter Fragen der Nutzungszonenänderung und der Kosten. Ursula Rudin-Vonwil hat richtig darauf hingewiesen, dass die Kosten eines Umzugs der Schulen und einer Anpassung des neuen Gebäudes an den Schulbetrieb auch mitberücksichtigt werden müssen. Weiter ist die Frage nach dem Umzugstermin offen. Eigentlich steht in der Vereinbarung mit dem Kanton, dass bis ins Jahr 2001 die Schulhäuser geräumt werden sollen. Dies ist eine sehr kurze Frist. Auf der anderen Seite ist eine Ausscheidung durch einen Wettbewerb noch gar nicht erfolgt und somit ist auch nicht bekannt, ob der Standort des Museums nun am Waisenhausplatz erfolgt oder nicht. Weiter ist zu prüfen, ob die Liegenschaften, die man anvisiert, auf den erforderlichen Zeitpunkt auch tatsächlich frei stehen. Dazu kommen die Verhandlungen mit den heutigen Inhabern der Liegenschaft. Diese erweisen sich als sehr schwierig. Deshalb werden im Antrag des Gemeinderats Ende März die konkreten Objekte nicht genannt werden, weil eine Publikation der möglichen Standorte höchstens zu Nachteilen in den Verhandlungen führen würde. Schon aufgrund des zeitlichen Faktors wird es recht eng werden. Claudia Omar kann aber versichern, dass gute Objekte in Aussicht stehen, darunter auch solche, die die Schulen selber gewünscht haben. Diese werden natürlich besonders berücksichtigt. Dass die Schulen eine Manövriermasse im Projekt Klee-Museum darstellen, weist Claudia Omar zurück. Die Anliegen der Schulen werden sehr ernst genommen, da sich die Schuldirektion bewusst ist, dass ein allfälliger Wegzug vom Waisenhausplatz sehr schmerzhaft wäre.

3 Polizeikaserne Waisenhausplatz 32: Sanierung des Schiesskellers; Baukredit

Antrag Nr. 294

1. Das Projekt für die Sanierung des Schiesskellers in der Polizeikaserne am Waisenhausplatz 32 wird genehmigt. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen und die den Gesamtcharakter der Anlage nicht verändern.
2. Für die Ausführung bewilligt der Stadtrat einen Kredit von Fr. 980'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 210.503.013.1. Beiträge Dritter sind für Abschreibungen zu verwenden.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Kurt W. Weyermann (FDP) spricht für die GPK: Vor rund 35 Jahren richtete die Stadtpolizei Bern unter dem Waisenhaus einen Schiesskeller ein. Die damaligen Verantwortlichen arbeiteten sicher in weiser Voraussicht, da dieser Keller auch heute die Umwelt praktisch nicht belastet. Die Schiessausbildung, die damals stattfand, war eine statische Schiessausbildung; heute ist dies anders. Die Schiessausbildung gehört ebenso wie die Waffenhandhabung zur Ausbildung des Polizisten. Diese können aber nur trainiert werden, wenn praxisnah die möglichen Gegebenheiten simuliert werden können. Ein gut ausgebildeter Polizist kann unter allen Umständen richtig reagieren. Er wird ausgebildet, um die Bürger zu schützen und nicht durch eine ungenügende Ausbildung zu gefährden. Die Auslastung des Schiesskellers beträgt heute rund 66%. Mehr ist nicht möglich, weil das Auswechseln der Scheiben Zeit benötigt. Auch durch die Ferienabwesenheit der Schiesspflichtigen ist eine grössere Auslastung nicht möglich. Für die Sanierung, die seit 1992 als notwendig feststeht, muss heute ein Kredit gesprochen werden. Es wurden Messungen gemacht in

bezug auf Lärm und Luftqualität. Das Resultat davon ist eine zu hohe Schadstoffkonzentration. Die Luft ist sehr stark kontaminiert mit Blei und Kohlenmonoxid. Die MAK-Werte wurden zwar nie überschritten; sie befanden sich aber an der oberen Grenze. Der MAK-Wert ist die Maximale-Arbeitsplatzkonzentration und legt die zulässige Menge an Teilchen eines Stoffes pro Kubikzentimeter fest. Der Bodenbelag des Schiesskellers ist ein roher Gummibelag und es ist möglich, dass nicht verschossenes Pulver sich dort ansammeln und sich unter Umständen mit der Zeit entzünden kann. Die Lüftungsanlage ist absolut ungenügend und muss erneuert werden. Auch die elektrischen Anlagen erweisen sich nach 35 Jahren als schlichte Bastelei. Die Sanierung beinhaltet folgendes: Die Lüftungsanlage wird verbessert; die neue Anlage könnte die gesamte Luft 30 bis 40 mal pro Tag umwälzen; der Bodenbelag wird ersetzt, die Pulverrückstände können gefahrlos beseitigt werden; der Kugelfang wird ebenfalls ersetzt, um die Bleidämpfe besser zu absorbieren; der neue Kugelfang funktioniert wie ein riesiger Fächer, der die Kugeln nicht mehr mit einem Schlag, sondern langsam abbremst; die Kugeln können so wieder aufbereitet werden; das Beleuchtungskonzept muss neu gestaltet werden, da es wichtig ist, verschiedene Tageszeiten simulieren zu können; weiter ist eine Luftpistolenanlage geplant; je länger desto öfter treten Frauen in den Polizeidienst ein, die keine Erfahrungen mit der Handhabung von Waffen haben. Bei der Einführung dieser Frauen in die Handhabung mit Waffen gehen die Verantwortlichen sehr vorsichtig um. Es wird zuerst mit Luftpistolen, später mit Kleinkalibermunition geübt. Erst dann wird mit grosskalibrigen Waffen geschossen. Die Simulation von Gegebenheiten, wie sie in der Wirklichkeit vorkommen könnten, werden auf einer Projektionswand mit Videogeräten ausgestrahlt; diese Anlage muss ebenfalls erneuert werden. Die Sanierung wird vielleicht als sehr teuer empfunden. Man darf aber nicht vergessen: Der Keller befindet sich unter dem Boden, es ist nicht möglich, den anfallenden Schutt einfach durch ein Fenster in eine Mulde zu kippen. Er muss mühsam an die Erdoberfläche getragen werden. Man könnte auch sagen, man lasse den Schiessbetrieb unter dem Waisenhaus sein, man lagere das Ganze aus und übe beim Kanton. Dies wurde jedoch abgeklärt: Der Schiesskeller des Kantons ist total ausgelastet. Auch die Möglichkeit, nach Riedbach oder Ostermundigen auszuweichen, ist nicht ideal, da rund 1000 Arbeitsstunden allein durch die Warte- und Reisezeit verloren gehen würden. In zwei Jahren hätte man also die gleichen Kosten verursacht wie sie heute für die Sanierung erforderlich sind. Der Schiesskeller könnte in Zukunft in den Sommerferien für Kurse weitervermietet werden, für Kleinkaliber- oder Luftgewehrschiessen. Ganz sicher wird er an andere Polizeikorps vermietet, die in Bern ihre Polizisten trainieren lassen. Die Kosten für den Baukredit betragen 980 000 Franken, wobei aus dem Investitionsbonus des Bundes 130 000 Franken bezahlt würden. Die Folgekosten im ersten Jahr betragen 136 450 Franken. Die ganze Sache wurde 1992 publik, es wurde eine Planung durchgeführt. Warum wird erst heute darüber abgestimmt? Das erste Projekt, das ausgearbeitet wurde, hätte rund 1,3 Mio. Franken gekostet. Die zuständigen Leute haben dies abgelehnt. Das heutige Projekt wurde also um rund 450 000 Franken zurückgestuft. Damit man in den Genuss des Investitionsbonus des Bundes kommen kann, muss die Abrechnung bis zum 30. Juni 1999 vorliegen. Wenn man von rund 6 Monaten Bauzeit und rund 3 Monaten für die Abrechnung ausgeht, dann wird die Dringlichkeit des Geschäfts klar. Es muss schnell gehandelt werden, sonst gehen die 130 000 Franken vom Bund verloren. Die GPK hat dem Geschäft mit 7 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Kurt Weyermann bittet, dem Geschäft zuzustimmen, im Sinne einer guten Ausbildung für die Polizisten. Es wäre sicher betrüblich, wenn irgend einmal festgestellt werden müsste, dass aufgrund der schlechten Ausbildung der Polizisten, unbeteiligte Zivilisten zu Schaden gekommen sind.

Fraktionserklärungen

Ernst Stauffer spricht für die SD-Fraktion: Die SD können sich sehr wohl vorstellen, dass diese Vorlage nicht bei allen Fraktionen auf so viel Verständnis stösst wie bei der eigenen Fraktion. Zum Kredit selber finden die SD, auch wenn es um die Polizei geht, dass nur das budgetiert und geplant werden soll, was für die Gesundheit, für den Betrieb, die Ausbildung, das Funktionieren und die Sicherheit nötig ist. Wenn man an das Defizit der Rechnung

1997 von 53 Mio. Franken denkt, ist es wirklich die Pflicht des Stadtrats, nicht Unnötiges zu budgetieren. Was die Notwendigkeit der Sanierung betrifft, gibt es für die SD aber keine Zweifel. Die SD-Fraktion hat schon anlässlich der Citro-Debatte klar gemacht, dass sie vollständig hinter der Polizei steht. Deshalb sagt sie auch zur Ausbildung und was gesamthaft dazu gehört Ja. Die SD möchten nicht jedes Mal dasselbe sagen, obschon dies hier nicht verboten ist, und auch gemacht wird. Auch in Bern gibt es Schiessereien, im Bahnhof und anderswo. Der Schütze aus der Speichergasse war ja noch ein verhältnismässig harmloser, indem er zuerst die Möbel aus dem Fenster warf, waren die Leute schon gewarnt. Es gibt einfach immer Leute, die einen Finger am Abzug haben. Man kann immer wieder feststellen, dass Einbrecher, Gewalttätige und wie man sie sonst titulieren will, ihre Waffe gekonnt bedienen können. Sie sind nicht selten besser ausgerüstet und in der Handhabung schneller als die Polizei oder auch als Zollbeamte, wie erst kürzlich wieder zu sehen war. Deshalb sind die SD der Meinung, dass die Berner Polizei diesen Keller haben muss und dass er auf den neusten Stand gebracht werden muss. Dies ist ja noch kein unbegrenzter Schutz für einen Polizisten, aber man hat es dann wenigstens nicht an den Ausbildungsmöglichkeiten fehlen lassen. Der Schiesskeller befindet sich übrigens am Waisenhausplatz an einem idealen Ort und erst noch unter dem Boden. Wenn man die Zunahme des Gefahrenpotentials auf fast allen Gebieten berücksichtigt, dann muss die Polizei die Waffenhandhabung, die Schiessfertigkeit und auch das Verteidigungsschiessen beherrschen. Die SD hoffen, dass der Sanierungskredit mit bestem Gewissen berechnet wurde. Nicht so wie bei den Scheuern und Speicher im Wyssloch; sonst erweise man der Polizei einen schlechten Dienst. Die SD-Fraktion stimmt dem Baukredit zu.

Nico Lutz (JA!) spricht für die GB/JA!-Fraktion: Für die GB/JA!-Fraktion ist die Vorlage doppelbödig. Der eine Boden ist bleiverseucht, der andere ist polizeipolitisch ziemlich glitschig. Zum bleiverseuchten: Unabhängig davon, was man von der Stadtpolizei oder vom Schiessen allgemein hält, ist es klar, dass eine solche Bleigrube saniert werden muss. Was bleibt, ist eine ganze Reihe von offenen Fragen. Seit 1992 weiss man von der Situation, weiss man, dass der Schiessbetrieb gesundheitsschädigend ist. Man hat trotzdem zugewartet mit dem Geschäft. Die Begründung von Polizeidirektor Kurt Wasserfallen konnte man im "Bund" nachlesen: Es sei eine unpopuläre Vorlage. Dies findet Nico Lutz etwas erstaunlich. Aus der Vorlage, die nicht sehr aufschlussreich ist, gehen auch einige Fragen hervor. Beispielsweise ob man das Kohlenmonoxid-Problem mit einer neuen Lüftung besser in den Griff bekommt oder nicht, davon steht nichts in der Vorlage. Man kann höchstens lesen, was nötig wäre, aber ob dies mit den vorgeschlagenen Mitteln auch erreichbar sei, darüber steht in der Vorlage nichts. Bezüglich anderer Möglichkeiten, die Bleiemissionen zu reduzieren, zum Beispiel mit bleiarmer Munition, ist aus der Vorlage nichts zu erfahren. Über die Möglichkeiten, den Betrieb auszulagern, steht relativ lapidar, man habe einmal mit dem Kanton geredet, und eine solche Auslagerung sei nicht möglich. Im Riedbach wird aber sicher nicht so viel geschossen wie damals, als diese Sanierung beschlossen wurde. Einen Teil des Schiessbetriebs auszulagern, könnte man sich durchaus überlegen. Zum Polizeipolitischen: Seit zwei Jahren gibt es im Kanton Bern intensive Bestrebungen, Schiesskeller einer kantonalen Bewilligungspflicht zu unterstellen. Die Schiesskeller, die in der letzten Zeit realisiert wurden, zum Beispiel in Schüpfen oder Lyss, verfügen über eine kantonale Bewilligung. Dieses Verfahren ist im Moment am Anlaufen, von Seiten des Kantons wäre man deshalb sehr froh, wenn man auch dieses Projekt dem Kanton vorgelegt hätte. Dies war nicht der Fall, und es wird auch nirgends in der Vorlage begründet, wieso dies nicht geschah. Ab nächstem Jahr, wenn der neue Polizeivertrag zwischen der Stadtpolizei und der Kantonspolizei in Kraft tritt, wird es eine Zusammenarbeitsverpflichtung, die über die gerichtspolizeilichen Bereiche hinausgeht, geben. Die Diskussion hier verläuft aber immer nur auf der Ebene der Stadtpolizei. Als Nico Lutz sich beim Kanton informierte, wurde deutlich, dass weder auf der Ebene des Polizeikommandos noch auf der Ebene der Polizeidirektion die Diskussion stattfand, ein gemeinsames Projekt zu realisieren. Eine weitere Frage, die für Nico Lutz noch offen steht, ist die nach der Häufigkeit des Schiessens. Wieviel muss denn überhaupt geschossen werden? Dies wäre auch eine Möglichkeit, die Bleiemissionen zu reduzieren, indem man etwas weniger schiesst. Auch die GB/JA-Fraktion

hat ein Interesse an einer guten Polizeiausbildung, diese wird von ihr sicher nicht in Frage gestellt. Aber die Antwort, die in einer vorberatenden Kommission gefallen ist, dass der Schiesskeller in der Nähe sein müsse, damit sich die Polizisten vor dem Einsatz einschiessen können, findet Nico Lutz etwas zwiespältig. Wenn er bei einer Kundgebung eingeschossenen Polizisten gegenüberstehen muss, findet er dies nicht eine beruhigende Situation. Für die GB/JA!-Fraktion ist die Vorlage doppelbödig und sehr dürftig formuliert. Das Problem kennt man seit 1992. Jetzt argumentiert man wieder mit dem Investitionsbonus, mit dem der Rat unter Druck gesetzt werden soll. Es soll jetzt schnell beschlossen werden, "take it or leave it", diese Masche wurde hier schon ein paar Mal angewendet. Die GB/JA!-Fraktion wird der Vorlage nicht zustimmen.

Thomas Fuchs (JSVP) spricht für die SVP-Fraktion: Bekanntlich haben es Vorlagen, die die Polizei, den Zivilschutz und die Armee betreffen in diesem Rat schwer. Die Polizei gehört für die einen zu den Reizwörtern wie die Reitschule oder die Aktion Citro für die anderen. Explosiv wird die Stimmung nicht nur wenn es um diese Reizwörter geht, explosiv kann die Stimmung auch werden im Keller der Stadtpolizei. Dann nämlich, wenn die unverbrannten Pulverrückstände unter den Gummiplatten in Brand geraten. Gemäss Zeitungsbericht starben allein in Deutschland im Zeitraum 1984-1995 26 Menschen bei total 24 Unfällen. Dies ist eine Zahl, die darauf hinweist, dass die Gefahr eines Unfalls doch ziemlich gross ist. Persönlich fragt sich Thomas Fuchs, wer die Verantwortung bei einer Nichtbehebung der genannten Missstände im Fall eines Unfalls übernehmen würde. Gott sei Dank ist bis heute nichts geschehen. Wer sich jetzt immer noch gegen die Behebung der Gefahren einsetzt, macht sich mitschuldig. Die Sanierung des Schiesskellers ist überfällig, und die SVP-Fraktion fragt sich, ob die Schiessausbildung nicht aus Sicherheitsgründen bis nach der Sanierung anderswo durchgeführt werden sollte. Die Verantwortlichen sollten sich diesbezüglich intern noch einmal unterhalten. Zusätzliche Kosten können hier kein massgebendes Argument sein, da es um Menschenleben geht, die man nach einem Unfall nicht in Franken aufwerten kann. Die Dringlichkeit ist gegeben wegen des Investitionsbonus. Es geht immerhin um 130 000 Franken. Die SVP und die JSVP wissen, dass eine Million viel Geld ist. Die ständige Ausbildung der Polizei trägt jedoch zur Sicherheit der Bevölkerung bei, und ein sanierter Schiesskeller zur Sicherheit der Polizisten und Polizistinnen. Leider haben nicht alle Ratsmitglieder eine militärische Ausbildung absolviert, sonst wüssten sie, dass der Wert der Waffenhandhabung hoch ist; diese muss auch im Schlaf sitzen. Das wird auch von Armeekritikern anerkannt. Eine sichere Waffenhandhabung ist ein Beitrag zur eigenen Sicherheit und zur Sicherheit Dritter. Man stelle sich vor, man müsse sich beim Autofahren immer zuerst überlegen, welcher Gang einzulegen ist. Man wäre sicher nicht mehr lange mit dem eigenen Auto unterwegs oder dann zumindest allein. Demzufolge begrüsst die SVP-Fraktion die Sanierung, mit der digital abrufbare Bilder, Videoprojektionen und automatische Trefferanzeige ermöglicht werden. Die Stadtpolizei benötigt diese Instrumente nicht um Krieg zu spielen, sondern um die Bedrohungslage möglichst echt einüben zu können. So wird sie im Ernstfall richtig, korrekt, schnell und angemessen reagieren können. Die SVP-Fraktion sagt mit Überzeugung Ja.

René Zimmermann spricht für die SP-Fraktion: 850 000 Franken für Schiessübungen sind auch für die SP viel Geld. Die SP-Fraktion hat sich gefragt, ob diese Investition richtig und adäquat vollzogen wird. Für die SP ist es unbestritten, dass die Polizei Schiessübungen durchführen muss. Mit Schiessständen hat sie aber nicht immer die besten Erfahrungen gemacht, René Zimmermann denkt dabei an den Riedbach. Damals wurde diskutiert, ob 80, 70 oder 60 Scheiben eingerichtet werden sollen, und heute weiss man, dass auch 70 zuviel sind. Die SP ist auch etwas verunsichert wegen dem zukünftigen Verhältnis zwischen der Stadt- und der Kantonspolizei. Die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei ist heute schon durch ein gewisses Konkurrenzdenken belastet. Deshalb gibt es jetzt auch bei der Zusammenarbeit bezüglich des Schiesskellers keine schriftlichen Dokumente. Die Abmachungen wurden nur mündlich gemacht, was die Überprüfung erschwert. Dieses Geschäft vermag auch bei der SP nicht ganz zu überzeugen. Die SP-Fraktion, dies muss zu-

gegeben werden, hat aber keine Alternative dazu gefunden. Deshalb wird von Seiten der SP ein Teil dem Geschäft zustimmen und ein Teil sich der Stimme enthalten.

Bernhard Pulver spricht für die GFL-Fraktion: Man kann zur Polizei, zu Schusswaffen oder zur Politik des Polizeidirektors ein gutes oder ein schlechtes Verhältnis haben; dennoch erfüllt die Polizei eine öffentliche Aufgabe, sie gehört zum Service publique, und das Beherrschen von Schusswaffen durch die Polizei ist unbestrittenermassen nötig. Dass der aktuelle Schiesskeller für eine gute Ausbildung nicht ausreicht, scheint offensichtlich zu sein. Die GFL-Fraktion findet die Vorlage seriös, die wesentlichen Fragen wurden in der Kommission beantwortet und es gab hier im Rat nicht wirklich überzeugende Gegenargumente. Eine Auslagerung nach Ittigen steht nicht zur Diskussion, und eine Teilauslagerung machte kaum Sinn, man müsste den Schiesskeller ja trotzdem renovieren. Die GFL-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Kurt W. Weyermann spricht für die FDP-Fraktion: Die freisinnige Fraktion unterstützt die Vorlage, und zwar nicht weil das Geschäft die Polizei betrifft, sondern weil es den Bürgern letztendlich zugute kommt. Die Bürger haben ein Recht auf Schutz, und die Polizei kann diesen Schutz nur gewährleisten, wenn sie sich selber auch schützen kann. Dies ist aber mit Schlagstöcken nicht möglich. Es ist vielmehr eine Notwendigkeit, wenn man über eine gute Polizei verfügen will, dass diese im Notfall zur Waffe greifen kann. Die Kosten für das Geschäft wurden von 1,3 Mio. auf 980 000 Franken gesenkt, und in diesem Betrag ist nur noch das wirklich Notwendige vorgesehen. Dies ist auch richtig so. Betreffend der Zeit, die das Üben mit der Waffe beansprucht: Nico Lutz ist im Militär ja sicher so weit geschult worden, dass er weiss, wie viel Zeit die Handhabung von Waffen benötigt. Man kann froh sein, dass die Polizei die Handhabung von Waffen so eingehend übt, wie dies tatsächlich der Fall ist. Wenn dies wegfallen würde, dann müssten aus Gründen der Gefährdung den Polizisten die Waffen weggenommen werden. Dann würden sie nämlich die Zivilpersonen genau so gefährden wie diejenigen, die etwas verbrochen haben. Dies wäre in etwas das gleiche, wie wenn man der Sanitätspolizei die Ambulanzen wegnähme. Kurt Weyermann bittet, der Vorlage zuzustimmen.

Einzelvoten

Luzius Theiler (GPB) beantragt, der Vorlage nicht zuzustimmen. Es gibt dafür vier Gründe: Solange die Polizei für eine Aktion Citro missbraucht wird, solange ist Luzius Theiler nicht bereit, Polizeikrediten zuzustimmen. Die Aktion Citro hat mit Service publique überhaupt nichts mehr zu tun, die Polizei wird gegen Minderheiten gejagt, Minderheiten aufgrund ihrer Herkunft, aufgrund ihrer Neigungen und Gewohnheiten, aufgrund ihres Lebensstils. Luzius Theiler ist von seiner Grundeinstellung her immer noch Pazifist. Wenn man in einem Schiesskeller übt auf Menschen zu schiessen, und seien diese auch nur projeziert, dann macht man dies im Hinblick auf den Ernstfall. Was dies bedeuten kann, das wissen alle. Luzius Theilers Einstellung ist vielleicht etwas dogmatisch. Es kann im Extremfall Situationen geben, wo der Schusswaffengebrauch auch der Rettung von Menschenleben dient. Das fürchterliche Wort vom "einschiessen" vor Einsätzen, das offenbar in der GPK gefallen ist, findet Luzius Theiler grauenhaft. Dieses Wort zeigt, das durch solche Vorlagen falsche Prioritäten gesetzt werden. Es kann wirklich nicht darum gehen, dass man sich einschiesst auf Leute, die eine andere Lebenseinstellung, eine andere Lebensgewohnheit haben oder anders aussehen. Diesen Eindruck aber hatte Luzius Theiler schon damals, als er noch in der GPK die Lageberichte der politischen Polizei einsehen konnte, mit denen die Einsätze gegen die Demonstrationen geplant wurden. Es waren feindselige und verzerrte Darstellungen. Wenn Luzius Theiler nun in der Vorlage liest, dass das Schiessen offenbar während anderthalb Stunden pro Woche geübt wird, dass dies der wichtigste Unterricht ist, dann möchte er fragen, ob es nicht viele andere, ebenso wichtige Sachen zu üben gäbe, wie zum Beispiel den Umgang mit Leuten aus anderen Kulturen, das Verständnis anderer Lebensweisen. Dafür bräuchte es nur einen Raum mit Tisch und Stühlen und keinen Schiesskeller. Als letztes: Man hat in Riedbach auch einen fast neuen Schiesskeller ge-

baut, eine Vergrösserung auf 50 Meter und eine neue 25-Meter-Anlage. Wenn man die Ausbildung der Stadtpolizei nicht in Schichten von anderthalb Stunden durchführte, sondern in grösseren Blöcken, so wäre dies auch organisatorisch kein Problem. Es ist immer wieder interessant, wie für Leute, die besonders vom Sparen reden, das Geld überhaupt keine Rolle mehr spielt, wenn es um eine solche Vorlage geht. Noch einmal grundsätzlich: Wenn man einfach in solche Vorlagen wie den Schiesskeller investiert, dann setzt man falsche Prioritäten.

Für den Gemeinderat spricht Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Polizeidirektor Kurt Wasserfallen wird nachher zu den betrieblichen und organisatorischen Aspekten dieses Geschäfts das Wort noch ergreifen. Adrian Guggisberg möchte zuerst dem Sprecher der Geschäftsprüfungskommission danken für die Vorstellung der Vorlage und für seinen Antrag auf Zustimmung. Er hat dieses Geschäft gründlich geprüft und auch mit grosser Sachkenntnis beleuchtet und dabei auf die zwei wichtigsten Punkte aufmerksam gemacht: auf die Sicherheit und auf die Arbeitsmedizin. Nach 35 Jahren ist es höchste Zeit, dass die Arbeitsplätze der Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen den heutigen gesetzlichen Grundlagen angepasst werden. Die Stadt ist diesbezüglich als Arbeitgeberin auch dazu verpflichtet. Ernst Stauffer hat die Kosten der Sanierung erwähnt. Es ist richtig, dass das Geschäft keine Luxussanierung darstellt; man beschränkt sich auf das Notwendigste. Die Baustelle wird aber keine einfache sein, da unterirdisch gebaut werden muss. Es wurden bei der Reduzierung von 1,3 Mio. auf 980 000 Franken keine Abstriche bezüglich Sicherheit und medizinischer Aspekte vorgenommen. Es ist Ziel der Sanierung, die Schadstoffemissionen an diesen Arbeitsplätzen unter die heute gesetzlich vorgeschriebenen Werte zu bringen; Massnahmen diesbezüglich sind vorgesehen, zum Beispiel eine leistungsfähige Lüftung gekoppelt an eine Energierückgewinnung. Es soll also effizient und sparsam mit den Ressourcen umgegangen werden. Für Adrian Guggisberg sind 130 000 Franken Investitionszulagen des Bundes sehr willkommen. Deshalb soll es jetzt und so schnell wie möglich gemacht werden. Dies als Antwort auf die Kritik von Seiten Nico Lutz. Adrian Guggisberg kann das Votum Thomas Fuchs bezüglich der Gesundheit am Arbeitsplatz nur unterstützen. Aus baulicher Sicht ist festzuhalten, dass aufgrund der aktuellen Situation keine Garantie hinsichtlich Sicherheit und Gesundheit gewährleistet werden kann. Adrian Guggisberg bittet, der Vorlage zuzustimmen.

Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen* möchte noch ein paar Ergänzungen bezüglich der Fragen und der Bemerkungen, die gemacht wurden, anbringen. Es wurde gesagt, die Vorlage sei relativ dürftig. In der Kommission wurden die verschiedenen Details bereits besprochen. Dies ist ja eigentlich die Aufgabe der Kommissionen, damit nachher nicht lange Vorlagen geschrieben werden müssen. Kurt Wasserfallen möchte Kurt W. Weyermann herzlich danken für die Vorstellung des Geschäfts. Eine Vorbemerkung hinsichtlich der Polizei allgemein: Das neue Polizeigesetz, das seit diesem Jahr in Kraft ist, schreibt klar vor, dass die Sicherheits- und die Verkehrspolizei eine Gemeindeaufgabe ist. Die Stadt Bern wird also, solange dieses Gesetz gültig ist, immer eine Polizei haben. Deshalb wird die Stadtpolizei weiterhin eine Schiessausbildung nötig haben. Der Polizeivertrag zwischen Kanton und Stadt ist beschlossen, und der Grosse Rat hat heute mit einer überwältigenden Mehrheit einem Beitrag von 27 Millionen Franken zugestimmt. Die Kriminal- und die Gerichtspolizei wird also weiter funktionieren. Die Stadtpolizei wird demnach eine „Vollpolizei“ bleiben. Wenn man an die Lärmbelastung denkt, dann ist ein Keller für die Schiessausbildung das Optimale. Eine Verlagerung irgendwo ins Freie wäre wieder mit einer Lärmbelastung der Umgebung verbunden. Selbstverständlich wurden Auslagerungsmöglichkeiten überprüft. Es wurde von der Kantonspolizei eine Abklärung angefordert, die bei der Stadt am 10. März eintraf. Darin steht: "Wegen der hohen eigenen Belegung ist zur Zeit eine Mitbenützung im AZ-Ittigen durch die Stadtpolizei Bern nicht möglich." Dies wurde also abgeklärt. Der Keller unter dem Waisenhausplatz ist zu 66% ausgelastet. Sehr wahrscheinlich wird die Stadtpolizei noch den Auftrag der Botschaftsüberwachung übernehmen, was die Ausbildung weiterer Leute bedeuten wird. Im Zusammenhang mit der 40- und 42-Stundenwoche wird zudem darüber gesprochen, dass bei der Stadtpolizei mehr Stellen geschaffen werden sollen. Es

müssten damit also noch mehr Leute aus- und weitergebildet werden. Bei einer Auslagerung mit einer Wegstrecke von 15 km, Kurt W. Weyermann hat es schon angesprochen, würden etwa 1300 Arbeitsstunden pro Jahr verloren gehen. Das entspräche etwa einer Zweidrittelstelle. Wenn man dies mit dem Gebührenreglement der Stadtpolizei aufrechnet, kommt man auf rund 120 000 Franken pro Jahr. Weiter müssten etwa 65 000 Autokilometer gefahren werden, was wiederum Schadstoffemissionen bedeuten würde. Dies ist also auch nicht im Sinn der Sache. Dazu kämen noch Mieten von vielleicht 50 000 oder 60 000 Franken, da der Kanton seinen Keller kaum gratis zur Verfügung stellen würde. Zum Schusswaffengebrauch allgemein: Der Stadtrat vermag sich sicher an die Diskussionen bezüglich des Schusswaffengebrauchs im neuen Polizeigesetz erinnern. Der Schusswaffengebrauch ist etwas ganz heikles. Er ist aber leider in gewissen Momenten nötig, in der Stadt Bern etwa ein Mal, höchstens zwei Mal pro Jahr. In diesen Momenten, unter einem enormen Stress, muss die Handhabung genau sitzen. In solch einem Moment kann nicht mehr geübt oder darüber nachgedacht werden, wie die Waffe nun zu handhaben sei. Die Stadt ist es den Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen, aber auch den betroffenen Leuten schuldig, dass die Handhabung der Waffe wirklich korrekt vollzogen wird. Dies ist sehr wichtig, da so Menschenleben geschützt werden können. Es geht nicht darum, dass einfach auf Menschen wahllos geschossen wird, sondern dass immer mit möglichst wenig strengen Mitteln ein Problem gelöst werden kann. Zu den Bemerkungen von Nico Lutz: Seit 1992 habe man um den Zustand des Kellers gewusst, ohne zu reagieren. Man hat aber sehr wohl reagiert, zum Beispiel mit Munitionsanpassungen: Die Treibsätze der heutigen Munition sind bleifrei. Damit konnte der Bleigehalt gesenkt werden. Man hat mit Schiessprogrammanpassungen reagiert, damit der CO-Gehalt verringert werden konnte. Nico Lutz hat noch die Bewilligungspflicht für Schiesskeller unter die kantonale Aufsicht erwähnt. Dies hat aber nichts mit baulichen Massnahmen zu tun. Man will damit bloss sicherstellen, dass Private nicht ohne Bewilligung eine Schiessanlage einrichten können. Damit soll ein Missbrauch von Schiessanlagen verhindert werden. Kurt Wasserfallen nimmt aber an, dass die Stadtpolizei nicht unter diese Bestimmung fällt, da es ihr um eine seriöse Ausbildung geht. Was die Häufigkeit von Schiessübungen anbelangt, kann Kurt Wasserfallen eigentlich nur betonen, dass es einfach genug sein muss, damit die Polizisten für ihren Einsatz gerüstet sind. Er bittet, die Vorlage zu unterstützen.

Nico Lutz (JA!) verweist darauf, dass die Bewilligungspflicht des Kantons nicht das beinhaltet, was der Polizeidirektor eben erklärt hat. Es geht dabei sehr wohl auch um bauliche Dinge, wie eine Schiessanlage auszusehen hat, wie Grenzwerte eingehalten werden können. Es geht also um eine klare Regelung innerhalb des Kantons. Als man den Schiesskeller am Waisenhausplatz in den fünfziger Jahren baute, war man noch nicht so sensibilisiert in diesen Bereichen. Es gab deshalb auch keine entsprechenden gesetzlichen Grundlagen. Für den Kanton ist es heute aber durchaus wünschenswert, dass auch ein Polizeischiesskeller unter die Bewilligungspflicht fallen würde. Es wäre zudem auch für die Polizei vorteilhaft, wenn sie sich an diese Richtlinien halten würde.

Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen* möchte noch anfügen, dass die Schiessbetriebe der Polizeien nicht gleich gehandhabt werden wie zivile. Zum Votum von Luzius Theiler bezüglich des "Einschiessens" vor Einsätzen: Es geht darum, dass die Waffen der Präzisionsschützen eingeschossen und justiert werden, zum Beispiel beim Einsatz nach einer Geiselnahme, wenn vielleicht ein ganz genauer Schuss nötig ist. Dies geschieht aber sehr selten.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Baukredit mit 48:6 Stimmen bei 14 Enthaltungen zu.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Im Namen des Stadtrats:

Die Präsidentin: *Lilo Lauterburg*

Der Protokollführer: *Daniel Hostettler*